

Neuer Streit um Berliner "Dokumentationszentrum"

BERLIN. — Die Pläne, in Berlin ein unabhängiges internationales Dokumentationszentrum zur Erforschung des Nationalsozialismus und seiner Folgeerscheinungen zu errichten, sind erneut in weite Ferne gerückt, wenn man sie nicht überhaupt als endgültig gescheitert ansehen muss. Vor mehreren Jahren ging die Idee dazu von dem Historiker Josef Wulf aus, der sich einen Namen als Autor zahlreicher Dokumentarwerke über die NS-Zeit gemacht hatte. Seine Intentionen gingen dahin, die Institution auf internationaler Grundlage zu realisieren, d.h. ohne amtliche deutsche Hilfe; diese sollte lediglich in der Bereitstellung geeigneter Räume bestehen.

Als historischer Anknüpfungspunkt wurde zunächst jene Wannsee-Villa ins Auge gefasst, in der einst die berüchtigte Konferenz zur Endlösung der Judenfrage abgehalten worden war; das Grundstück wird aber vom Bezirksamt Berlin-Neukölln als

Landschulheim benutzt. Langwierige Verhandlungen scheiterten schliesslich, d.h. das Haus verblieb weiter in der Obhut des Berliner Bezirksamtes. Die nächste Phase führte sodann zu einer verstärkten Einschaltung des

Berliner Senats, der Josef Wulf bzw. dem Kuratorium einige Grundstücke zur Auswahl anbot, und ausserdem seine Bereitschaft erklärte, gewisse Finanzierungsverpflichtungen zu übernehmen.

Diese Entwicklung trug jedoch nicht zu einer Verminderung der Spannungen hinter den Kulissen bei, bedingt durch die Person Josef Wulfs, der sich immer wieder als schwieriger Verhandlungspartner erwies. Unter diesem Aspekt entschloss sich der Berliner Senat, nunmehr den verantwortlichen Stellen den Vorschlag zu unterbreiten, das vorgesehene Dokumentationszentrum der Freien Universität anzugliedern, was Wulf veranlasste, den Kuratoriumsvorsitz niederzulegen. Für den Verlauf der Angelegenheit machte er auch die

mangelnde Förderung durch die Jüdische Gemeinde in Berlin verantwortlich, obwohl diese stets positiv zu dem Vorhaben eingestellt war.

Ob es zu der neuen Universitätskonstellation kommen wird, bleibt fraglich, weil akademische Kreise die Auffassung vertreten, es gäbe bereits genügend Dokumentationszentren mit gleicher Zielsetzung im Ausland. Es muss aber gesagt werden, dass Berlins Regierender Bürgermeister und seine Mitarbeiter um der Sache willen ein Höchstmass an Fairness und Geduld bewiesen haben.

Heinz Elsberg